

## **ANLAGE 1 – Grußwort Frau Prof. Barbara John vom Paritätischen Landesverband Berlin**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder des Landesverbandes Brandenburg,

Wie froh bin ich, hier zu sein nach den üppigen Umleitungen und Ausfahrtsperren. Brandenburg ist eben ein Land mit Herausforderungen. Nachdem ich vor dem Ortschild Buckow angekommen war, fing die größte an. Wo befand sich die Nr. 17? Viermal durchquerte ich das Dorf vom Eingang zum Ausgang. Da außer einigen Hühnern sich kein weiteres Lebewesen auf der Dorfstr befand, schien ich verloren.

Schließlich fuhr ich hoffnungsvoll in einen Sandweg und traf einen Schicksalsgenossen. Der wie ich den Tagungsort suchte. Bingo, wir sahen nach einigen Metern die schöne umgebaute Scheune. Das hat Konsequenzen. Ich verspreche, dass der Berliner Landesverband Ihnen gerne ein Schild an der Dorfstraße spendieren würde. Buckow Nr. 17 mit der genauen Bezeichnung des Tagungsortes. Und das ist mein voller Ernst. Wir warten also auf die Rechnung.

Berlin und Brandenburg gehören zu einer gemeinsamen Region, aber man hat den Eindruck, es wird, insbesondere in Verwaltung und Politik, regelrecht vermieden, zusammenzuarbeiten. Gerade haben wir 30 Jahre Mauerfall begangen, aber die Mauer zwischen Berlin und Brandenburg scheint noch zu stehen. Wenigstens leben sie in „friedlicher Koexistenz“, mit diesem Begriff wurde damals das friedliche Nebeneinanderleben von Völkern oder Menschen verschiedener politischer Systeme bezeichnet, wie eben heute zwischen Berlin und Brandenburg. Gut, vielleicht übertreibe ich etwas, aber die beiden Länder geben sich so, als hätten sie keine Verbindung zueinander. Weder verkehrstechnisch, noch die gesamte Infrastruktur betreffend und emotional ist man sich oft auch nicht grün.

Nun fragen Sie sich wahrscheinlich, was hat das alles mit unserer sozialen Arbeit, mit uns als Paritätischer Wohlfahrtsverband zu tun? Ich glaube sehr viel. Denn wir sind dafür da, dass soziale Arbeit funktioniert und wir die Herausforderungen erkennen, vor denen Menschen und die Gesellschaft stehen und sie darin unterstützen, diese Herausforderungen zu bewältigen.

Jeden Tag pendeln rund 216.000 Menschen von Brandenburg nach Berlin und rund 90.000 von Berlin nach Brandenburg. D.h. rund 300.000 Menschen sind jeden Tag allein zwischen unseren beiden Ländern unterwegs. Und es werden mehr. Es gibt immer mehr Familien, die nach Bernau, Kleinmachnow, Oranienburg oder auch jetzt in die sogenannten Städte der zweiten Reihe ziehen: nach Eberswalde oder Brandenburg an der Havel. Entweder, weil sie sich die Wohnungen in Berlin nicht mehr leisten können oder wollen oder weil sie in ihrer Familie im Grünen leben wollen.

Was Verwaltung und Politik bisher vermieden haben, nämlich ein abgestimmtes Gesamtkonzept, fällt den Pendlern jetzt auf die Füße oder vors Auto. Unter denen, die pendeln, sind auch viele Fachkräfte, die in Einrichtungen in Berlin arbeiten oder umgekehrt. Oder Eltern, die ihre Kinder in brandenburgische Kitas bringen, weil sie in Berlin keinen Platz finden.

Das heißt, wir müssen uns für eine bessere Vernetzung und Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg einsetzen. Zum Wohle der sozialen Arbeit und vor allem der Menschen.

Vielleicht findet ein freier Kita-Träger aus Berlin im benachbarten Brandenburg ja noch ein Grundstück, das er bebauen kann, nachdem er in Berlin vergeblich gesucht hat? Vielleicht kann ein Berliner Pflegedienst oder eine stationäre Pflegeeinrichtung einige wenige Kilometer entfernten Klienten aus Brandenburg betreuen, wenn Brandenburger Pflegedienste aus Kapazitätsgründen absagen mussten?

Ja, sicher, die Regelungen und Verträge zwischen Krankenkassen und Vertragspartnern sind in Brandenburg und Berlin verschieden. Aber was hindert uns denn, trotzdem zu versuchen, gemeinsam das Beste zu organisieren und uns abzustimmen, insbesondere in den nah beieinanderliegenden, benachbarten Landesteilen?

Die Erzieherinnen machen wir uns wohl nicht mehr gegenseitig abspenstig, die werden in Brandenburg und Berlin demnächst gleich bezahlt. Und bei der Verbeamtung der Lehrer werden wir als Berliner wohl

auch nachziehen. Auch da haben wir gleiche Voraussetzungen. Wir sollten uns darauf besinnen, dass wir eine starke Region sind, mit vielen Herausforderungen und Möglichkeiten für alle.

Ein ganz konkretes Beispiel, bei dem das mit dem Abstimmen und gegenseitigen Unterstützen schon gut geklappt hat, ist die Seniorenresidenz in Altlandsberg in Märkisch-Oderland, wenige Kilometer hinter der Berliner Stadtgrenze gelegen. Vor rund zwei Jahren wollten die bisherigen privaten Eigentümer die Seniorenresidenz verkaufen. Durch Vermittlung Ihrer Tochter, der Brandenburgischen Paritätischen Gesellschaft für Gesundheit, Pflege und Sozialdienste, bekam unsere Stiftung Parität Berlin ein Angebot und erhielt den Zuschlag. Die Seniorenresidenz konnte so in paritätischer Hand bleiben und wird nun von der Paritätischen Gesellschaft für Gesundheit, Pflege und Sozialdienste weiter betrieben. 43 Wohnungen für betreutes Wohnen stehen dort zur Verfügung. Das Engagement der Stiftung Parität Berlin ist langfristig angelegt.

Vor etwas mehr als 26 Jahren gab es mal einen Volksentscheid. Die Brandenburger haben sich damals gegen eine Fusion mit Berlin entschieden. Warum auch immer. Ich möchte das heute nicht mehr analysieren. Das war und ist die Realität und kein Drama. Dramatischer ist, dass Politik und Verwaltung das als Anlass genommen haben, nicht mehr zu kooperieren.

Mir fällt kein einziges positives gemeinsames Projekt von Berlin und Brandenburg mit Strahlkraft ein. Ich betone positiv: (der BER schreckt ja eher ab.)

Ja, Berlin und Brandenburg sind verschieden, genauso wie Neukölln und Zehlendorf oder die Prignitz und die Uckermark sich unterscheiden. Aber Unterschied bedeutet, dass der eine etwas hat, was der andere nicht hat. Die Vielfalt ist unsere Stärke. Das wissen wir doch als Paritätischer Wohlfahrtsverband! Das kennen wir und das macht uns aus.

Bis jetzt gibt es kein verantwortliches politisches Handeln, dass das zusammenführt. Bis jetzt.

In ihrem neuen Koalitionsvertrag, auf den sich die SPD, CDU und die Grünen in Brandenburg geeinigt haben, wird auch ein gemeinsamer Ausschuss von Berliner Abgeordnetenhaus und Brandenburger Landtag vorgeschlagen.

Ich finde, es ist an der Zeit, endlich fair, respektvoll und zielgerichtet zusammenzuarbeiten und eine starke Region Berlin-Brandenburg zu fördern, mit guter Infrastruktur, nicht nur im Verkehr und bei Wohnungen, sondern auch im sozialen Bereich! Gute Konzepte und Planungen dürfen künftig nicht mehr an Landesgrenzen haltmachen.

Sie als Verband feiern bald Ihr 30jähriges Jubiläum und werden sich deshalb heute mit ihrem Leitbild auseinandersetzen. Wie aktuell ist es, was kann und soll der Paritätische Brandenburg als „Gesellschaftsgestalter“, wie Sie es, lieber Herr Kaczynski nennen, bewirken?

Ich glaube, Anliegen und Ziel der Freien Wohlfahrtspflege ist, sich allen Menschen zuzuwenden, insbesondere denen, die Hilfe brauchen. Dabei klare Position gegen Hass und Ausgrenzung zeigen. Freie Wohlfahrtspflege und wir als Paritätischer erkennen Probleme und handeln. Wir wünschen Ihnen und uns eine starke gemeinsame Region Berlin- Brandenburg mit einem kooperativen Ansatz und grenzübergreifenden Handeln nicht nur im sozialen Bereich.

Ich wünsche Ihnen heute viel Erfolg und einen guten ergebnisreichen Tag.